Stand: 15.12.2025 20:07:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6555

"Bericht zur Umsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6555 vom 11.05.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7545 des SO vom 14.07.2015
3. Beschluss des Plenums 17/8123 vom 30.09.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 53 vom 30.09.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 11.05.2015 Drucksache 17/6555

Antrag

der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**

Bericht zur Umsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration in schriftlicher und mündlicher Form zur Umsetzung der in der neuen „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ auf Bundesebene vereinbarten Handlungsaufträge an die Länder Bericht zu erstatten.

Dabei geht die Staatsregierung insbesondere auf folgende Punkte ein:

– die Entwicklung eines kohärenten Konzepts für die Berufsorientierung und den Übergang von der Schule ins Berufsleben,
– die Vorlage des Konzepts zur Einführung von „Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf“ sowie den Umsetzungsstand dieses Konzepts,
– die Aufnahme des Themas „Berufsorientierung“ in die Lehramtsstudiengänge und die Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung,
– das Praktikumsangebot des öffentlichen Dienstes in Bayern,
– die Erarbeitung gemeinsamer Qualitätstandards für Praktika in Kooperation mit Wirtschaft und Gewerkschaften,
– die Möglichkeit für Lehrkräfte, an Praktika teilzunehmen,
– die Maßnahmen der Staatsregierung zur Unterstützung der beruflichen und räumlichen Mobilität von Jugendlichen,
– die Fortführung und Weiterentwicklung von Initiativen zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen,
– die Sicherung berufsschulischer Angebote für alle Jugendlichen in zumutbarer Entfernung vom Wohnort unter Berücksichtigung des „Fachklassen-Prinzips“,
– die Gewinnung von Lehrkräften für das Lehramt an beruflichen Schulen,
– den Handlungsbedarf hinsichtlich der technischen Ausstattung der Berufsschulen und die Initiativen der Staatsregierung hierzu,
– die Initiativen der Staatsregierung für einen Ausbau der Teilzeitausbildung,
– die Bereitstellung eines flächendeckenden berufsschulischen Angebots für Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einstiegsqualifizierung,
– die weitere Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte und die Initiativen der Staatsregierung, dieser Zielgruppe die Aufnahme und Absolvierung eines Hochschulstudiums zu erleichtern,
– die Initiativen der Staatsregierung zur Förderung der Nachqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss,
– die Initiativen der Staatsregierung, um die Einhaltung der Rechte von Auszubildenden zu gewährleisten.

Begründung:

Im Dezember 2014 haben sich Bund, Länder, die Bundesagentur für Arbeit sowie Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften auf die „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ geeinigt. Bis 2018 soll kein ausbildungsinteressierter junger Mensch ohne einen individuellen Pfad zu einer vollqualifizierten Ausbildung bleiben. Dieses Ziel hat auch Ministerpräsident Seehofer mit ähnlichen Worten in seiner Regierungserklärung im November 2013 formuliert.

Die Allianz-Partner haben konkrete Vereinbarungen zu den Beiträgen getroffen, die sie zur Erfüllung der Ziele zu leisten haben.

Die Länder sind gefordert, aufbauend auf bestehenden Strukturen und Programmen ein kohärentes Konzept für die Berufsorientierung und den Übergang von der Schule in den Beruf zu entwickeln. Die Ausarbeitung soll in Kooperation mit dem Bund sowie den Akteuren vor Ort erfolgen.

Als wichtige Maßnahme benennen die Partner der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ die Verbesserung der Kooperation innerhalb der Arbeitsbündnisse „Jugend und Beruf“ mit dem Ziel, jedem Jugendlichen niedrigschwellig und frühzeitig die optimale Unterstüt-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

zung beim Einstieg ins Berufsleben zu geben. Dazu sollen die Partner unter anderem gemeinsame Erfolgskriterien erarbeiten. Im Bericht des Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration zum Beschluss des Landtags vom 27.11.2014 betreffend „Konsequenzen aus dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2013“ ziehen – Jugendberufsagenturen flächendeckend einrichten“ wird die Einführung von Arbeitsbündnissen „Jugend und Beruf“ angekündigt.

Die Allianz-Partner haben beschlossen, dass die Berufsorientierung künftig als feste Aufgabe der Schulen etabliert werden soll. Insbesondere an Gymnasien soll verstärkt über die Aufnahme einer dualen Ausbildung als mögliche berufliche Perspektive informiert werden. Lehrkräfte sollen in ihrer Aus-, Fort- und Weiterbildung auf diese neue Aufgabenstellung vorbereitet werden.

Für die Berufsorientierung ist ein breites Angebot an Praktikumsstellen unerlässlich. Es ist sowohl im Interesse der Schüler als auch der Praktikumsanbieter, verbindliche Qualitätstandards für Praktika festzulegen. An der Entwicklung dieser Standards sollen Länder, Wirtschaft und Gewerkschaften mitwirken. Unter anderem ist eine Möglichkeit für Lehrkräfte und Berater der Agenturen für Arbeit vorgesehen, an Praktika teilzunehmen.

Der öffentliche Dienst in Bayern ist angehalten, bei der Bereitstellung von Praktikumsplätzen und der Qualitätsgarantie als Vorbild voranzugehen.

Auf Grund der deutschland- und bayernweit ungleichmäßigen Verteilung von Ausbildungsplätzen steigen die Anforderungen an die berufliche und räumliche Mobilität junger Menschen. In der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ ist der Auftrag an die Länder enthalten, die Förderung kostenloser und regionenübergreifender ÖPNV-Tickets zu prüfen.

Zudem werden Bund und Länder aufgefordert, Programme zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Kernanliegen der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ ist es, die duale Ausbildung attraktiver zu gestalten. Die Länder sind für die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen am Lernort Berufsschulen verantwortlich.

Dazu gehört zunächst die Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Berufsschulangebots unter Einhaltung des bewährten Fachklassen-Prinzips. Neben der Gewinnung von Interessenten für die Lehrtätigkeit an beruflichen Schulen wird die Erneuerung der oftmals mangelhaften und veralteten technologischen Ausstattung von den Partnern der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“, aber auch von Vertretern der beruflichen Schulen als wichtige Zukunftsaufgabe gesehen.

Handlungsbedarf besteht darüber hinaus beim Ausbau der Teilzeitausbildungsmöglichkeiten, um Ausbildungsinteressierten mit pflegebedürftigen Angehörigen und vor allem Alleinerziehenden die Aufnahme einer dualen Ausbildung zu ermöglichen. In Zukunft soll das Instrument der Einstiegsqualifizierung verstärkt zum Einsatz kommen. Es ist daher von Interesse, wie Bayern das zugesagte Recht zum Besuch eines berufsschulischen Angebots für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Einstiegsqualifizierungsprogrammen garantiert.

Ein wesentliches Element der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ ist die weitere beiderseitige Durchlässigkeit zwischen dualer Ausbildung und Hochschule. Die Initiativen der Staatsregierung zu diesem Themenbereich sind daher von besonderem Interesse.

Als weiteres Ziel im Bereich Weiterbildung ist die Nachqualifizierung von jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss benannt.

Der Landtag hat großes Interesse daran, berichtet zu bekommen, wie die Staatsregierung die in der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ eingegangenen Vereinbarungen erfüllen wird.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 14.07.2015 **Drucksache 17/7545**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Drs. 17/**6555**

Bericht zur Umsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im ersten Absatz nach dem Wort „aufgefordert," die Worte „nach Vorlage eines Zwischenberichts auf Bundesebene Ende 2015" eingefügt werden.

Berichterstatterin: **Angelika Weikert**
Mitberichterstatter: **Dr. Gerhard Hopp**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 25. Juni 2015 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 29. Sitzung am 14. Juli 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Joachim Unterländer
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 30.09.2015 **Drucksache 17/8123**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann SPD**
Drs. 17/**6555**, 17/**7545**

Bericht zur Umsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung

Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach Vorlage eines Zwischenberichts auf Bundesebene Ende 2015 dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration in schriftlicher und mündlicher Form zur Umsetzung der in der neuen „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ auf Bundesebene vereinbarten Handlungsaufträge an die Länder Bericht zu erstatten.

Dabei geht die Staatsregierung insbesondere auf folgende Punkte ein:

- die Entwicklung eines kohärenten Konzepts für die Berufsorientierung und den Übergang von der Schule ins Berufsleben,
- die Vorlage des Konzepts zur Einführung von „Arbeitsbündnissen Jugend und Beruf“ sowie den Umsetzungsstand dieses Konzepts,
- die Aufnahme des Themas „Berufsorientierung“ in die Lehramtsstudiengänge und die Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung,
- das Praktikumsangebot des öffentlichen Dienstes in Bayern,
- die Erarbeitung gemeinsamer Qualitätsstandards für Praktika in Kooperation mit Wirtschaft und Gewerkschaften,
- die Möglichkeit für Lehrkräfte, an Praktika teilzunehmen,
- die Maßnahmen der Staatsregierung zur Unterstützung der beruflichen und räumlichen Mobilität von Jugendlichen,
- die Fortführung und Weiterentwicklung von Initiativen zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen,
- die Sicherung berufsschulischer Angebote für alle Jugendlichen in zumutbarer Entfernung vom Wohnort unter Berücksichtigung des „Fachklassen-Prinzips“,
- die Gewinnung von Lehrkräften für das Lehramt an beruflichen Schulen,
- den Handlungsbedarf hinsichtlich der technischen Ausstattung der Berufsschulen und die Initiativen der Staatsregierung hierzu,
- die Initiativen der Staatsregierung für einen Ausbau der Teilzeitausbildung,
- die Bereitstellung eines flächendeckenden berufsschulischen Angebots für Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einstiegsqualifizierung,
- die weitere Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte und die Initiativen der Staatsregierung, dieser Zielgruppe die Aufnahme und Absolvierung eines Hochschulstudiums zu erleichtern,
- die Initiativen der Staatsregierung zur Förderung der Nachqualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ohne Berufsabschluss,
- die Initiativen der Staatsregierung, um die Einhaltung der Rechte von Auszubildenden zu gewährleisten.

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Dr. Hans Reichhart, Dr. Gerhard Hopp, Joachim Unterländer u.a. CSU
Arbeitsmarktpolitische Förderprogramme für Jugendliche
Drs. 17/5517, 17/8037 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Laserspiele in Bayern - Gewährleistung des Jugendschutzes
Drs. 17/5610, 17/8038 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	**ohne**	Z

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zu legen.

3. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. SPD
Mehr Demokratie an Bayerns Schulen - Forderungen des Schülerkongresses „basis'15“ aufnehmen
Drs. 17/5716, 17/8024 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen u.a. SPD
Bürokratie in Kindertageseinrichtungen verringern – Antragsverfahren vereinfachen!
Drs. 17/6177, 17/7646 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kindertagesstätten von unnötiger Bürokratie entlasten – Förderverfahren bei Gastkindern vereinfachen
Drs. 17/6206, 17/7647 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Staatliche Hochbaumaßnahmen wirtschaftlicher planen und durchführen
Drs. 17/6225, 17/7691 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Kommunale Lasten bei der Kindertagespflege
Drs. 17/6355, 17/8039 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. CSU
Bericht über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen von Arbeitnehmern im Freistaat Bayern
Drs. 17/6383, 17/8040 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Bericht zur Umsetzung der Allianz für Aus- und Weiterbildung
Drs. 17/6555, 17/7545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Stefan Schuster, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Sollstellenberechnung der Bayerischen Polizei
Drs. 17/6557, 17/7549 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

11. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD)
Neuer Konzertsaal in München ja, aber mit Kulturkonzept für ganz Bayern
Drs. 17/6607, 17/8045 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Margit Wild, Andreas Lotte u.a. SPD
Personalentwicklungskonzept für die Schulleitungen in Bayern vorlegen
Drs. 17/6652, 17/8025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

13. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Franz Schindler, Horst Arnold u.a. SPD
Unabhängige empirische Studie zu Rassismus, Antisemitismus, rechtsextremer Einstellung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Bayern
Drs. 17/6734, 17/8044 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Oliver Jörg u.a. CSU
Dank an den Kirchlichen Suchdienst und Erhalt seiner Leistungen
Drs. 17/6773, 17/8041 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Aussagekraft der Antibiotika-Kennzahlen sicherstellen – Sinnhaftigkeit der Dokumentation nachweisen
Drs. 17/6774, 17/7833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Tätliche Angriffe auf Polizeibeamte und andere Einsatzkräfte
Drs. 17/6776, 17/8043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	A

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
EU-Schulobst- und -gemüseprogramm: Auszahlung an die Lieferanten bereits nach 6 Wochen durchführen!
Drs. 17/6815, 17/8058 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Förderung von Elektro-LKWs und Elektro-Bussen
Drs. 17/6827, 17/7567 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Susann Biedefeld, Kathi Petersen u.a. und Fraktion (SPD)
Steigerwald – Potenzialanalyse erstellen; Stopp des Aufhebungsverfahrens des Schutzgebiets „Hoher Buchener Wald“ durch die Regierung von Oberfranken
Drs. 17/6832, 17/7834 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Modellprojekte für Elektrobusse und Elektro-Lkw in Bayern
Drs. 17/6841, 17/7568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Machbarkeitsstudie Nationalpark Steigerwald
Drs. 17/6842, 17/7835 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

22. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Bienenfreundliche Anlagen auf staatseigenen Flächen
Drs. 17/6843, 17/7692 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Susann Biedefeld, Herbert Woerlein u.a. SPD
Tiergerechte Haltung von Legehennen – Verordnungsdefizite beseitigen
Drs. 17/6859, 17/7836 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	A

24. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Antragsverfahren für den Bayerischen Umweltfonds vereinfachen
Drs. 17/7002, 17/7837 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Streiks der Postbeschäftigten: Für faire Tarifverhandlungen – gegen Lohndumping!
Drs. 17/7047, 17/8042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zugrunde zulegen

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern barrierefrei 2023 – Gesamtkonzept zur Umsetzung des Sonderinvestitionsprogramms vorlegen
Drs. 17/7049, 17/7648 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Konsequenzen aus dem Salmonellen-Skandal II: Selbstkontrollen auf den Prüfstand, amtliche Kontrollen intensivieren und Reaktion beschleunigen
Drs. 17/7050, 17/7838 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Sonderinvestitionsprogramm für „Bayern barrierefrei 2023“ vorlegen!
Drs. 17/7083, 17/7649 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Helga Schmitt-Bussinger, Horst Arnold u.a. SPD
Konversionsprogramm im Nahbereich Ansbach/Illesheim zum Ausgleich der wirtschaftlichen Folgen durch den Abzug der US-Truppen
Drs. 17/7086, 17/7538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u.a. SPD
Umsetzung der Kennzeichnung von Eiern nach Herkunft und Haltungsform in Fertigprodukten
Drs. 17/7090, 17/7839 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
Lehren aus Schneitzlreuth ziehen - Feuerbeschau überprüfen
Drs. 17/7134, 17/7583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer,
Volker Bauer u.a. CSU
Risikoorientierte Kontrollen bei Legehennenbetrieben ausbauen
Drs. 17/7234, 17/7840 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller,
Erwin Huber u.a. und Fraktion (CSU)
Hitzeschäden auf Autobahnen
Drs. 17/7046, 17/7494 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

der den Antrag für erledigt erklärt hat